

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen
am 13.03.2025

Tagungsort: Aula des Schulzentrums Heepen, Alter Postweg 37,
33719 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Holm Sternbacher

Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Hans Altmüller

Frau Anja Bartsch

Herr Dr. Guido Elsner

(Fraktionsvorsitz)

Frau Elke Grünewald

Stellv. Bezirksbürgermeisterin

Herr Hartwig Horn

Herr Stephan Richter

SPD

Herr Hans-Werner Heißmann-Gladow

Frau Regina Klemme-Linnenbrügger

Frau Roswitha Lammel

Herr Selçuk Solmaz

(Fraktionsvorsitz)

Frau Jennifer Wittrowski

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Markus Kremmelbein

(Fraktionsvorsitz)

Frau Marianne Kreye

FDP

Herr Jürgen Hölker

Nicht anwesend:

Die Linke

Herr Reinhard Offelnotto

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

Herr Robert Alich

ab TOP 8 (18.40 Uhr)

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung

-/-

Verwaltung:

Herr Lipperts

Amt für Verkehr

TOP 8

Frau Kroll

Umweltbetrieb

TOP 9

Herr Bittner

Bezirksamt Heepen

Frau Nebel

Bezirksamt Heepen

Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er merkt an, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird wie folgt abgehandelt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

Sachstand zur verkehrlichen Umgestaltung des Heeper Ortskerns

Ein Einwohner des Stadtteils Heepen fragt nach dem Sachstand des Verfahrens zur verkehrlichen Umgestaltung des Heeper Ortskerns.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den im Juni letzten Jahres durchgeführten Workshop, in dem Alternativen zur verkehrlichen Umgestaltung des Ortskerns erarbeitet worden seien. Auf dieser Grundlage erstelle das Amt für Verkehr aktuell verschiedene Umsetzungsvarianten. Diese würden zu gegebener Zeit öffentlich vorgestellt.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 13.02.2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 13.02.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 2*-

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Überlegungen zu einem Standortwechsel des Begegnungs- und Servicezentrums Oldentrup des AWO Kreisverbandes Bielefeld e.V. in Oldentrup

Herr Bittner verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 3.1 *

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Grundschule Oldentrup – Aufstellung von zwei Klassenraumcontainern

Herr Bittner nimmt Bezug auf eine Mitteilung des Amtes für Schule für die Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 18.03.2025. Er berichtet, dass an der Grundschule Oldentrup die Aufstellung von zwei Klassenraumcontainern geplant sei. Diese Maßnahme werde notwendig, um an der Grundschule hinsichtlich der Bildung einer Mehrklasse zum Schuljahr 2025/2026, sowie der Bildung einer voraussichtlichen Mehrklasse zum Schuljahr 2026/2027 für eine räumliche Entlastung -bis zu der bereits beschlossenen baulichen Erweiterung der Grundschule- zu sorgen. Der ISB sei bereits beauftragt, ein konkreter Realisierungszeitpunkt jedoch noch nicht bekannt.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 3.2 *

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Kulturbericht 2024

Herr Bittner verweist auf den zu Sitzungsbeginn verteilten Kulturbericht 2024 des Dezernates für Schule/Bürger/Kultur und Sport.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher kritisiert, dass im Rahmen der dort veröffentlichten Berichte zur „Kultur in den Stadtbezirken“ (s. S. 20 ff.) die Artikel zu den Aktivitäten in den Stadtbezirken Heepen und Stieghorst zusammengefasst worden seien. Er erwarte, dass die Kulturangebote des größten Außenstadtbezirkes auch angemessen präsentiert würden und die Eigenständigkeit der Stadtbezirke auch in Publikationen beachtet werde.

Herr Bittner ergänzt, das Bezirksamt habe bereits im Rahmen der Erstellung des Kulturberichtes darauf hingewiesen und um eine jeweils separate Darstellung der kulturellen Aktivitäten der beiden Stadtbezirke gebeten.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 3.3 *

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Anordnung einer Haushaltssperre

Herr Bittner berichtet, der Kämmerer habe mit sofortiger Wirkung eine Haushaltssperre bis zum 30.04.2025 erlassen. Ausgaben, für die eine rechtliche Verpflichtung bestehe, könnten jedoch weiterhin geleistet werden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 3.4 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Beleuchtung Römerstr./Milser Feld (Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9712/2020-2025

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Beleuchtung Römerstr./Milser Feld](#)

Herr Bittner berichtet, dass eine Antwort der Verwaltung dazu noch nicht vorliege.

Herr Heißmann-Gladow (SPD-Fraktion) führt aus, dass viele Anlieger den Weg in Richtung Stadtbahn nutzen. Dieser sei jedoch schlecht ausgeleuchtet und werde daher als zu dunkel und beängstigend empfunden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den in der vorangegangenen Sitzung beschlossenen Antrag zur „Verbesserung der Beleuchtungssituation im Bereich Milser Straße / Brockeiche“ (s. BV Heepen, 13.02.2025, TOP 6.5, Ds. 9509/2020-2025). Er regt an, diese beiden Abschnitte gemeinsam zu betrachten und die Verwaltung um eine Berichterstattung in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 15.05.2025 zu bitten.

-vertagt-

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 4.1*

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Erstellung eines regelkonformen durchgängigen Geh-/Radweges am Schelpmilser Weg (Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9713/2020-2025

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Erstellung eines regelkonformen durchgängigen Geh-/Radweges am Schelmliser Weg](#)

Frau Lammel (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf den Beschluss der Bezirksvertretung vom 17.03.2022 (s. TOP 20.1, Ds. 3594/2020-2025) bei einem Grundstücksverkauf in diesem Bereich entsprechende Flächen für einen regelkonformen Ausbau des Geh-/Radweges zurückzuhalten bzw. an das Amt für Verkehr zu übertragen. Sie führt aus, dass sich Eltern erneut darüber beklagt hätten, dass die Schüler*innen, die den Weg in Richtung Heepen befahren, keinen sicheren Schulweg hätten.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Zusage des Umweltbetriebes, den Beschluss der Bezirksvertretung im Rahmen der Grundstücksvermarktung entsprechend zu berücksichtigen. Da es sich um einen Schulweg handele, komme der Maßnahme eine entsprechend hohe Priorität zu.

Eine Antwort der Verwaltung zu der Anfrage liegt noch nicht vor.

-vertagt-

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 4.2*

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Maßnahmen zur Verbesserung der Kita-Tagesbetreuung in Altenhagen (gemeinsame Anfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 03.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9714/2020-2025

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Maßnahmen zur Verbesserung der Kita-Tagesbetreuung in Altenhagen](#)

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, ihr sei aus den beiden Kitas in Altenhagen berichtet worden, dass es bereits seit Jahren Wartelisten gebe, insbesondere bestehe ein großer Bedarf an Plätzen für unter 3Jährige.

Herr Heißmann-Gladow (SPD-Fraktion) bittet die Verwaltung im Rahmen der Schaffung neuer Plätze zu prüfen, ob das Sparkassen-Gebäude (Kafkastr. / Bröninghauser Str.), welches als SB-Center geführt und nur zum Teil durch die Sparkasse genutzt werde, als eine mögliche Option für eine Kita in Betracht komme. Aus seiner Sicht sei auch ein angemessener Außenbereich vorhanden.

Frau Kreye ergänzt, die Kita AWO Altenhagen könne sich vorstellen, diesen Standort als Dependance zu führen.

Herr Bittner berichtet, dass eine Antwort der Verwaltung dazu noch nicht

vorliege, aber das Jugendamt in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 15.05.2025 zur Kita-Versorgung im Stadtbezirk umfassend berichten werde. Die heutige Anfrage werde dann ebenfalls beantwortet, so dass die Versorgung des Stadtteils Altenhagen dann auch im Gesamtkontext betrachtet werden könne.

-vertagt-

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 4.3*

Zu Punkt 5 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 5.1 Herforder Straße (Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.02.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9520/2020-2025

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Herforder Straße](#)

Dazu liegt folgende Antwort der Verwaltung vor:

Zu Frage 1:

Diese Frage ist durch den Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW) zu beantworten.

Eine Antwort ist dort angefragt, steht jedoch noch aus.

Zu Frage 2:

Das Projekt befindet sich in der Vergabephase. Nach dem politischen Beschluss über den Projektstart wurde – u.a. auch auf Wunsch der Bezirksvertretung Heepen – zunächst die Vergabe der Verkehrsanlagenplanung im Abschnitt Nord (Talbrückenstraße – Stadtgrenze) begonnen. Das Vergabeverfahren ist weit fortgeschritten, sodass in den nächsten Wochen mit einem Abschluss zu rechnen ist.

Folgende Vergabeverfahren befinden sich in der Vorbereitung:

- Verkehrsanlagen im Abschnitt Süd (Zimmerstraße bis Talbrückenstraße),
inkl. Kanalplanung*
- Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit*
- Unterstützung der Projektsteuerung*

Wegen der Größe des Gesamtvorhabens sind diese Vergaben in europäischen Verfahren durchzuführen. Dabei nimmt jeweils allein das Vergabeverfahren (ohne die notwendige ausführliche inhaltliche Vorbereitungsphase) etwa ein halbes Jahr in Anspruch.

Zu einem späteren Zeitpunkt werden noch weitere Vergabeverfahren durchzuführen sein (u.a. für die Planung von Brücken und Durchlässen).

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 5.1 *

Zu Punkt 5.2 Kita Tieplatzschule (Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.12.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9297/2020-2025

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Kita Tieplatzschule](#)

Dazu liegt folgende Antwort der Verwaltung vor:

Aufgrund von internen Abstimmungsprozessen wurde entgegen der ursprünglichen Planung in 2024 noch kein Verkehrsgutachten für die Errichtung einer Kita in der Tieplatzschule in Auftrag gegeben. Ergebnisse liegen entsprechend noch nicht vor. Derzeit ist geplant das Verkehrsgutachten im Frühjahr 2025 extern zu vergeben und die Ergebnisse vor der politischen Sommerpause in der Bezirksvertretung Heepen vorzustellen.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bringt ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass trotz des großen Versorgungsdefizits im Stadtbezirk und dem damit verbundenen Zeitdruck zur Schaffung weiterer Kita-Plätze das Verkehrsgutachten bislang noch nicht in Auftrag gegeben worden sei.

Sofern es gravierende Hindernisse bei der Vergabe des Gutachtens gegeben habe, erwarte sie, dass diese der Bezirksvertretung zeitnah mitgeteilt würden. Diese zeitliche Verzögerung sei für sie nicht nachvollziehbar.

Auch Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) zeigt sich ebenfalls verstimmt über die Antwort und verweist auf die dringend benötigten Plätze in der geplanten Kita der Tieplatzschule. Er erwarte daher, dass die in der Antwort vorgestellte Zeitplanung eingehalten werde. Die Bezirksvertretung werde das weitere Verfahren eng begleiten.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) kritisiert ebenfalls die zeitliche Verzögerung. Diese Angelegenheit gehöre zum Kerngeschäft des Verkehrsdezernates. Er habe den Eindruck, dass man sich zu sehr auf Randthemen konzentriere und dies zulasten der Kernaufgaben gehe. Es dürfe in so wichtigen Bereichen wie der Kinderbetreuung nicht zu derartigen Verzögerungen kommen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, das Verkehrsgutachten müsse nunmehr mit Nachdruck auf den Weg gebracht werden. Es werde benötigt, um die Errichtung einer Kita an diesem Standort abschließend prüfen zu können.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 5.2 *

Zu Punkt 5.3

Sachstand E-Ladesäulen im Stadtbezirk Heepen (Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.12.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9295/2020-2025

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Sachstand E-Ladesäulen im Stadtbezirk Heepen](#)

Dazu liegt folgende Antwort der Verwaltung vor:

Grundsätzlich sind nur Fahrzeuge, dessen Kennzeichen ein „E“ enthalten, berechtigt auf diesen Parkplätzen zu parken. Enthält das Kennzeichen kein „E“ fehlt die notwendige Kennzeichnung, um auf solchen Parkplätzen bevorrechtigt zu sein. Bisher war das Parken an den E-Ladesäulen durch Parkscheibenregelungen meist auf 4 Stunden begrenzt – dabei kam es auf das tatsächliche Laden an den Ladesäulen nicht an. Ende 2024 wurde an den Ladesäulen jedoch das Zusatzzeichen „nur während des Ladevorganges“ angebracht, sodass das Parken dann nun nur noch gestattet ist, wenn auch ein Ladevorgang durchgeführt wird. Das kurzzeitige Halten oder Parken, um die dortige Volksbank oder die Kita zu besuchen, ist nicht gestattet – auch nicht für Fahrzeuge die ein „E“ im Kennzeichen enthalten.

Da der Verkehrsüberwachungsdienst im ganzen Stadtgebiet unterwegs ist, ist natürlich nicht immer sichergestellt, dass jedes Fahrzeug welches dort unberechtigt und nur kurzzeitig abgestellt wird, auch angetroffen und verwarnet werden kann. Bei Beschwerden ist es daher hilfreich, wenn bestimmte Stoßzeiten angegeben werden könnten. Beschwerden dürfen grundsätzlich gerne direkt beim Verkehrsüberwachungsdienst eingereicht werden.

1. Zusatzfrage

Das Gesamtkonzept zum Ausbau der E-Ladeinfrastruktur auf Flächen der Stadt Bielefeld wurde im September 2024 veröffentlicht. Ziel des Konzepts ist die Errichtung von 1000 öffentlich zugänglichen Ladepunkten im gesamten Stadtgebiet. Das Konzept wurde bereits im vergangenen Jahr im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt. In Heepen hat sich nach erster Analyse im Rahmen des Konzepts ein vergleichsweise hoher Bedarf an Ladepunkten, im Vergleich zu anderen Stadtteilen, ergeben. Aktuell wird die Ausschreibung bzw. die Vergabe für den Aufbau von Ladeinfrastruktur im öffentlich-zugänglichen Raum auf städtischer Fläche in Bielefeld vorbereitet. Aufgrund der Überschreitung der Grenzwerte muss die Ausschreibung EU-weit erfolgen.

2. Zusatzfrage

Aktuell sind in Heepen 10 öffentliche Ladesäulen in Betrieb. Pro Ladesäule stehen zwei Ladepunkte (für zwei Stellplätze) mit einer Leistung von jeweils 22 kw zur Verfügung.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die Antwort der Verwaltung und bekräftigt, dass es auch aus seiner Sicht im

Stadtbezirk Heepen einen hohen Bedarf an weiteren E-Ladesäulen gebe. In der Antwort werde auf das im Stadtentwicklungsausschuss verabschiedete Konzept zum Ausbau der E-Ladeinfrastruktur Bezug genommen. Er erwarte, dass die Verwaltung der Bezirksvertretung das Konzept entweder zur Kenntnis gebe oder mitteile, wo dieses einsehbar sei.

Er bittet das Amt für Verkehr im Nachgang der Sitzung um Auskunft, welche Ursachen es für den „vergleichsweise hohen Bedarf“ im Stadtbezirk Heepen gebe und ob dieser in das Gesamtkonzept mit einfließe.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 5.3 *

-.-.-

Zu Punkt 6

Anträge

Zu Punkt 6.1

Schaffung eines Instruments zur Einschränkung von Ferienwohnungen in Wohngebieten im Stadtbezirk Heepen **(Antrag der CDU-Fraktion vom 04.03.2025)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9730/2020-2025

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Schaffung eines Instruments zur Einschränkung von Ferienwohnungen in Wohngebieten im Stadtbezirk Heepen](#)

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug die Beratung der vom Bauamt zu diesem Thema erstellten Informationsvorlage (s. BV Heepen, 21.11.2024, TOP 8, Ds. 8842/2020-2025) und den dazu gefassten Beschluss der Bezirksvertretung, in dem die Verwaltung gebeten worden sei, „in allen laufenden und künftigen Bauleitplanverfahren für den Stadtbezirk Heepen, soweit rechtlich zulässig, die Festsetzung aufzunehmen, dass Ferienwohnungen unzulässig sind. ...“

In der Informationsvorlage sei darauf hingewiesen worden, dass der Ausschluss von Ferienwohnungen in bereits bestehenden Bebauungsplänen eine Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes erfordere, daher Planungskosten verursache, zudem entsprechende Personalressourcen innerhalb der Verwaltung binde und dies offenbar als nicht leistbar angesehen werde.

Dem widerspreche seine Fraktion. Herr Dr. Elsner verweist dazu auf das Einzelhandels- und Zentrenkonzept, welches in der Vergangenheit in bestehende Bebauungspläne sukzessive eingearbeitet worden sei. Er gehe davon aus, dass dieses Verfahren für den Ausschluss von Ferienwohnungen ebenfalls möglich sei. Durch den Antrag seiner Fraktion, *auch in die vorhandenen ... Bebauungspläne im Stadtbezirk Heepen wirksame Instrumente zur Verhinderung der Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen bzw. zur Einschränkung des Neubaus von Ferienwohnungen zu etablieren ... und dieses Instrument in bestehende Bebauungspläne schnellstmöglich nachträglich einzubauen*, solle die Grundlage für die Anpassung bereits vorhandener Bebauungspläne geschaffen werden.

Angesichts knapper Ressourcen bittet er die Verwaltung jedoch vorab um Mitteilung, wie sich die Anzahl der Ferienwohnungen im Stadtbezirk und der Gesamtstadt in den letzten 10 Jahren entwickelt habe, um objektiv beurteilen zu können, ob es zu einer Verschärfung der Entwicklung gekommen sei.

Fehlender Wohnraum stelle kein stadtbezirksbezogenes Problem dar. Er bitte um Erhebung der Daten und Vorstellung in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung.

Danach sei zu bewerten, inwieweit die Verwaltung ggf. beauftragt werde, auch bestehende Bebauungspläne sukzessive anzupassen.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt, seine Fraktion unterstütze grundsätzlich das Ansinnen, keinen weiteren Wohnraum in Ferienwohnungen umzunutzen. Er verweist auf die Beratungen in der November-Sitzung der Bezirksvertretung, in der einheitlich der Auffassung gefolgt worden sei, dass eine Anpassung der bestehenden Bebauungspläne mit hohen Kosten und Personalressourcen verbunden sei. Die Verwaltung habe explizit auf die hohen Kosten hingewiesen. Insofern begrüße er die Erhebung der Daten zur Entwicklung der Anzahl der Ferienwohnungen in den letzten Jahren.

Herr Dr. Elsner regt an, die Verwaltung ebenfalls darum zu bitten, die Kosten für ein Verfahren zur Anpassung eines Bebauungsplans zu ermitteln. Sofern hier der Bearbeitungsaufwand eher gering sei, könne dies aus seiner Sicht sukzessive im laufenden Geschäft erfolgen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf Fälle einer Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen im Stadtteil Brake, in denen der Wohnraum entmietet worden sei. Hier habe es keinen Leerstand gegeben. Diese Umwandlung sei für die (ehemaligen) Mieter aufgrund des Wohnungsverlustes besonders folgenreich gewesen. Er gehe davon aus, dass sich derartige Umwandlungen nicht ausschließlich auf den Stadtbezirk Heepen beziehen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwicklung der Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen sowohl im Stadtbezirk Heepen als auch in der Gesamtstadt in den letzten 10 Jahren darzustellen, um die Dynamik dieses Sachverhaltes erkennen zu können.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, den Umfang der personellen Ressourcen bzw. der Kosten zur Regelung für bestehende Bebauungspläne zu benennen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 6.1 *

-.-.-

Zu Punkt 6.2

Überprüfung und ggf. Ausbau des Rohstoffsammelkonzeptes (Altglas, Altkleidung) im Stadtbezirk Heepen (Antrag der CDU-Fraktion vom 04.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9732/2020-2025

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Überprüfung und ggf. Ausbau des Rohstoffsammelkonzeptes \(Altglas, Altkleidung\) im Stadtbezirk Heepen](#)

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) verweist auf die seit dem 01.01.2025 geltende Neuregelung zur Getrenntsammlung von Alttextilien. Er schildert die Folgen der Überlastung der Sammelstellen, insbesondere sei immer wieder zu beobachten, dass Kleidung und Altglas neben den Containern abgeladen werde.

Insgesamt sei aus der Sicht seiner Fraktion das Rohstoffsammelkonzept überarbeitungsbedürftig.

Da es sich bei der Abfallentsorgung, einschließlich der Entsorgung von gebrauchten Verkaufsverpackungen, um eine überbezirkliche Aufgabe handle, rege er an, den Betriebsausschuss des Umweltbetriebes (BUWB) zu bitten, das Sammeln von Rohstoffen konzeptionell weiterzuentwickeln und dabei die im Antrag benannten Aspekte „ausreichend viele Standorte, mit ausreichender Anzahl Container mit angemessenen Leerungsintervallen“ zu prüfen.

Herr Bittner berichtet, dass der Umweltbetrieb die Standortdichte in Bielefeld eher als gering einstufe. Der UWB sei daher permanent bemüht, zusätzliche Standorte zu akquirieren. Sofern aus der Bezirksvertretung aufgrund der guten Ortskenntnisse und Kontakte Standortoptionen benannt werden könnten, würde der UWB entsprechend Vorschläge gerne aufnehmen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung zwar nicht für das Konzept, wohl aber für die Standorte zuständig sei.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) regt an, perspektivisch nach einer intelligenten Lösung zu suchen, wie die Bürger*innen erkennen könnten, ob ein Container noch über freie Kapazitäten verfüge. Er bittet dies in der Neukonzeptionierung im Sinne eines langfristigen Ziels mit zu bedenken.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Heepen bittet den BUWB, die Verwaltung zu beauftragen, die ordnungsgemäße Sammlung von Altglas und Altkleidern konzeptionell weiterzuentwickeln. Ziel der Neukonzipierung soll eine Kapazitätserhöhung durch zusätzliche Container oder erhöhte Leerungsintervalle sein, um der Bevölkerung die Rohstoff-

Wiederverwertung zu vereinfachen und saubere Sammelplätze anbieten zu können.

Im Rahmen der Neukonzeptionierung sollen auch Möglichkeiten einer intelligenten Füllstandsmessung geprüft werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 6.2 *

-.-.-

Zu Punkt 7

Verbesserung der Verkehrssituation in der Straße Rüggesiek

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher schildert eingangs die verkehrliche Problematik in der Straße Rüggesiek, die insbesondere auf die Bring- und Holsituation an der Grundschule zurückzuführen sei. Er nimmt Bezug auf die am 25.06.2024 durchgeführte Bürgerinformationsveranstaltung und berichtet, dass die Verwaltung zwischenzeitlich verschiedene Bausteine entwickelt habe, wie die Verkehrssituation verbessert werden könne. Diese seien in einer weiteren Veranstaltung am 30.01.2025 den Anwohner*innen durch das Amt für Verkehr vorgestellt worden.

Herr Bittner fasst im Folgenden anhand einer PowerPoint-Präsentation, die hier einsehbar ist: [SessionNet | Bezirksvertretung Heepen - 13.03.2025 - 18:00-20:00 Uhr](#), die wesentlichen Aspekte zusammen.

Er stellt die von der Verwaltung entwickelten Bausteine vor, deren Umsetzung stufenweise möglich sei.

Das Amt für Verkehr werde dies in einer entsprechenden Vorlage für die Bezirksvertretung zur Beschlussfassung aufbereiten.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, der Bezirksvertretung sei eine Umsetzung der ersten Maßnahmen zeitnah zu Beginn des neuen Schuljahres wichtig. Dabei sei auch die Bring- und Holsituation für die beiden anliegenden Kindertageseinrichtungen zu berücksichtigen. Zudem sei bei der Auswahl der Bausteine zu bedenken, dass die Löscharbeit der Freiwilligen Feuerwehr eine Ausfahrt sowohl in Richtung Amtmann-Bullrich-Straße als auch in Richtung der Salzufler Straße zwingend benötige. Durch eine stufenweise Vorgehensweise werde es möglich, vor Umsetzung weiterer Maßnahmen zu bewerten, in wie weit die vorangegangenen Bausteine bereits zu einer Verbesserung der Situation vor Ort beigetragen hätten.

Frau Lammel (SPD-Fraktion) berichtet zu denen in den letzten Wochen durchgeführten Geschwindigkeitskontrollen des Ordnungsamtes in der Straße. Die Anwohner*innen hätten kritisiert, dass der mobile Blitzer bereits von Weitem erkennbar gewesen sei und daher nicht die gewünschte nachhaltige Wirkung erzielt hätte.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt die durchgeführten Geschwindigkeitskontrollen sowie die Kontrollen des ruhenden Verkehrs. Die Bezirksvertretung habe die Verwaltung in der letzten Sitzung am 13.02.2025 (s. Ds. 9521/2020-2025, TOP 6.8) gebeten, entsprechend vor Ort zu kontrollieren. Das Ordnungsamt habe den Beschluss der Bezirksvertretung zeitnah umgesetzt.

Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Verfolgung von Ordnungswidrigkei-

ten zwingend eine eindeutige Beschilderung voraussetze.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) bekräftigt, wie wichtig eine zügige Umsetzung der Bausteine vor Ort sei, da sich die Eltern leider nicht an die Appelle halten würden.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünewald nimmt Bezug auf den Wunsch der Anwohner*innen in der Bürgerversammlung, das Ordnungsamt um Kontrollen vor Ort zu bitten. Dies sei durch die Geschwindigkeitskontrollen zeitnah erfolgt. Sie spricht sich dafür aus, bußgeldrelevante Verstöße auch entsprechend zu ahnden und die Kontrollen vor Ort noch einmal zu verstärken.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher weist darauf hin, dass das Ordnungsamt auch bereits „verdeckte“ Kontrollen in der Straße durchgeführt habe. Die Verwaltung sei -seiner Ansicht nach- dem Antrag der Bezirksvertretung intensiv nachgekommen.

Herr Bittner nimmt Bezug auf den Antrag der Bezirksvertretung vom 06.06.2024 (Ds. 8129/2020-2025, TOP 6.3) zur „zeitlichen Begrenzung des absoluten Halteverbotes Am Flößergraben/Rüggeseik“, um den Bring- und Abholdienst vor der Kita zu entschärfen. Die Verwaltung habe dazu mitgeteilt, dass eine zeitliche Befristung dem eigentlichen Zweck widerspreche. Zudem habe es aus der ersten Bürgerversammlung die Rückmeldung gegeben, dass das Halteverbot der Verkehrssicherheit diene und zu begrüßen sei. Das Amt für Verkehr habe mitgeteilt, dass das Halteverbot daher unverändert bestehen bleibe.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher gibt zu bedenken, wenn im Zugangsbereich der Kita ein Halteverbot erlasse werde, führe dies dazu, dass die Eltern in der Umgebung parken müssten. Dies würde aus seiner Sicht zu vermehrtem Wendeverkehr führen. Dies verstärke eher die Verkehrsproblematik. Er regt an, dies im Rahmen eines Ortstermins noch einmal zu erörtern.

Herr Solmaz kritisiert die Aufrechterhaltung des Halteverbotes zu den Bring- und Holzeiten der Kita. Dies führe dazu, dass die Eltern vor dem Feuerwehrgerätehaus halten und die Ausfahrt blockieren. Die Eltern hätten keine alternativen Parkmöglichkeiten im Umfeld der Kita. Selbstverständlich sei die Verkehrssicherheit wichtig, hier müsse abgewogen werden. Daher unterstütze er die Anregung, dies noch einmal im Rahmen eines Ortstermins zu betrachten.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Bezirksvertretung die Verwaltung bitte, schnellstmöglich die weiteren Schritte einzuleiten, um zu Beginn des neuen Schuljahres eine Verbesserung der Situation vor Ort zu erreichen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Verkehrssituation Herforder Str./Heilbronner Str. (BV Heepen, 13.02.2025, Ds. 8523/2020-2025, TOP 8)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beratung in der Sitzung der Bezirksvertretung am 13.02.2025 zu der Unfallhäufungsstelle Herforder Str. / Heilbronner Str. und begrüßt Herrn Lipperts vom Amt für Verkehr zur Berichterstattung.

Herr Lipperts berichtet eingangs allgemein zu den Aufgaben und der personellen Zusammensetzung der Unfallkommission (UK) sowie zu seiner Funktion als Vorsitzender der Kommission. Die UK werde aufgrund von polizeilichen Meldungen, an welchen Stellen sich Unfälle häufen, tätig. Aufgabe sei es, die Unfallursachen zu beseitigen. Dazu werde der Verkehrsraum dezidiert analysiert und der Verkehr vor Ort zu den Tages-/Nachtzeiten beobachtet, in denen die Unfälle entstanden seien.

In Bezug auf die hier benannte Unfallhäufungsstelle führt Herr Lipperts aus, dass diese bereits seit 1999 immer wieder als solche benannt worden sei. Die Unfälle in dem Knotenpunkt unter Beteiligung des Radverkehrs konnten durch die bauliche Umgestaltung des Einmündungsbereiches behoben werden.

In der jetzigen UK gehe es um Unfälle im Längsverkehr (Auffahrunfälle). Die aktuellen Verkehrsbeobachtungen der Mitglieder der UK hätten gezeigt, dass es an dem Knotenpunkt zu hektischen Aktionen aufgrund der dort gefahrenen Geschwindigkeit komme. Die Unfälle hätten sich im fließenden Verkehr ereignet, wo es z.B. durch Vorlassen der Linksabbieger von der Herforder Str. in die Heilbronner Straße zu Bremsmanövern komme, die vom folgenden Verkehr zu spät wahrgenommen worden seien. Das Geschwindigkeitsniveau von 70 km/h sei dabei als unfallursächlich ausgemacht worden. Deshalb habe die UK die Absenkung der Geschwindigkeit auf 50 km/h beschlossen.

Herr Lipperts führt aus, dass es aus Sicht der UK als sinnvoll erachtet werde, diese Geschwindigkeit auf der gesamten Strecke der Herforder Straße vom Rabenhof bis zur Höhe Milser Krug anzuordnen. Eine Verkürzung der Strecke um 200 bis 300 m sei aus Sicht der UK nicht sinnvoll. Dies würde dazu führen, dass auf einem kurzen Streckenabschnitt wieder auf 70 km/h beschleunigt werden könne und anschließend wieder auf 50 km/h abgebremst werden müsse. Durch diese Beschleunigungsvorgänge entstünde für die Anwohner*innen eine zusätzliche Lärmbelastung, zudem Sorge dies für weitere „Hektik“ im Verkehrsfluss.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den zu diesem Thema vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion (s. TOP 8.1):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung zu dem Bericht der Unfallkommission über den Einmündungsbereich Herforder Str./Heilbronner Str. ausführlich zu berichten. Dabei sollen insbesondere die folgenden Fragen beantwortet werden:

- wann fanden die im Bericht aufgelisteten Unfälle statt?*
- welche Verkehrssituation (freier oder zähfließender Verkehr mit welchen Geschwindigkeiten, Beteiligung von Querverkehr, Beteiligung von Fußgängern, Radfahrern oder des Busverkehrs,...) herrschte zum Zeitpunkt der Unfälle?*
- wodurch wurden die Verletzungen verursacht?*

2. Als vorbeugende Maßnahme schlägt die Verwaltung eine Tempobegrenzung auf 50 km/h vor.

Da diese nur im Bereich der Einmündung und der angrenzenden Kreuzung Herforder Str. und Milser Str. relevant ist, empfiehlt die Bezirksvertretung die Anordnung durch Tempo 50-Schilder im Bereich Parkplatz Milser Krug bis ca. Herforder Str. Hausnummer 511 und nicht durch die Versetzung von Ortseingangsschildern.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) führt dazu aus, dass er aufgrund des Berichtes von Herrn Lipperts den ersten Teil seines Antrages als erledigt betrachte. Er sei zunächst skeptisch gewesen, dass die Unfälle im fließenden Verkehr erfolgt seien, aufgrund der Ausführungen könne er jetzt aber nachvollziehen, dass durch die geschilderten Bremsmanöver nachfolgende Fahrzeuge möglicherweise auffahren.

Dennoch halte er die Anordnung von Tempo 50 km/h auf der gesamten Strecke bereits ab Rabenhof für nicht angemessen.

Die Geschwindigkeit, die notwendig sei, um den Knotenpunkt zu entschärfen, müsse von den Verkehrsteilnehmern akzeptiert werden, andernfalls wirke sie nicht. Aus der Sicht seiner Fraktion sei eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 km/h ab der Stelle, ab der eine Sicht auf den Einmündungsbereich der Heilbronner Str. bestehe, also ca. 300 – 400 m nach der Kreuzung Rabenhof, für die Verkehrsteilnehmer eher nachvollziehbar. Ab dort sei der Einmündungsbereich erkennbar und die Lichtsignalanlage (LSA) Herforder Str./Milser Str. komme ins Blickfeld. Bei einer Anordnung bereits ab Rabenhof sehe er die Gefahr, dass -ordnungswidrig- zwischenzeitlich wieder auf 70 km/h beschleunigt werde und die verringerte Geschwindigkeit im Einmündungsbereich Heilbronner Straße nicht mehr eingehalten werde. Er spreche sich gegen eine Versetzung der Ortstafel aus. Dadurch werde eine Beschilderung mit Tempo 50 km/h entbehrlich, er Sorge sich aber um die Akzeptanz der reduzierten Geschwindigkeit auf einer verhältnismäßig freien Strecke. Belastet sei der Kreuzungsbereich, die Maßnahme greife aber sehr weit in die umgebenden Bereiche ein. Es sei nur schwer einschätzbar, ob das eigentliche Ziel der Maßnahme dann noch erreicht werden könne.

Er stelle deshalb folgenden Antrag:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Anordnung durch Tempo 50-Schilder auf der Herforder Straße im Bereich Parkplatz Milser Krug bis ca. 300-400m hinter die Einmündung Heilbronner Str. die zielführendere Maßnahme sei.

Auf Nachfrage von Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) nach den Unfallzeitpunkten und -ursachen teilt Herr Lipperts mit, dass die Unfälle aufgrund von Unaufmerksamkeiten der Verkehrsteilnehmer, der gefahrenen Geschwindigkeit bzw. der Hektik und Belastung an diesem Knotenpunkt entstanden seien. Die Unfälle seien wochentags (montags) und auch am Wochenende (samstags) erfolgt, jeweils zu unterschiedlichen Zeiten. Es sei festzuhalten, dass die Unfälle nicht im Berufsverkehr erfolgt seien, so dass die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h auch gefahren werden konnte. Nach seinem Kenntnisstand seien die Auffahrunfälle aber nicht durch eine Geschwindigkeitsüberschreitung hervorgerufen worden.

Hinsichtlich des Antrages der CDU-Fraktion weist Herr Lipperts darauf hin, sofern der Prüfauftrag von der Bezirksvertretung beschlossen werde, habe sich die UK, deren Beschlüsse bindend für alle Beteiligten seien, in der nächsten Sitzung mit der Unfallhäufungsstelle erneut zu befassen. Die UK könne Beschlüsse nur einstimmig fassen und bereits getroffene Beschlüsse auch nur einstimmig ändern. Er gehe nicht davon aus, dass ein einstimmiger Beschluss nach der bereits erfolgten umfangreichen Diskussion in der UK Aussicht auf Erfolg habe.

Herr Dr. Elsner erklärt, es sei für die Bezirksvertretung nur aufgrund der Ausführungen im Protokoll der UK schwer nachvollziehbar gewesen, für welchen Streckenabschnitt die Anordnung von Tempo 50 erfolgen solle. Zudem habe die Aussage, die Reduzierung der Geschwindigkeit entweder durch ein Versetzen der Ortseingangstafel oder durch eine Beschilderung mit Tempo 50 umzusetzen noch mehr Variabilität hineingebracht. Der Aspekt, dass die UK einstimmig beschließen müsse, sei aus seiner Sicht kein Ausschlusskriterium die Kommission zu bitten, sich erneut mit der Angelegenheit zu befassen.

Es bestehe Konsens, dass zur Behebung der Unfallhäufungsstelle eine Maßnahme benötigt werde. Dabei sei es aber wichtig, dass alle Verkehrsteilnehmer die Maßnahme vor Ort auch als zweckmäßig erachten, damit sie auch befolgt werde. Deshalb bitte er zu überprüfen, ob es sinnvoll sei, Tempo 50 bereits anzuordnen, bevor der Kreuzungsbereich einsehbar werde.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Aussage in der Informationsvorlage (Ds. 8523/2020-2025) „Vorwiegend handelt es sich um Auffahrunfälle aufgrund rückstauenden und stockenden Verkehrs“. Es stelle sich für ihn die Frage, warum der Verkehr hier ins Stocken gerate. Er verweist auf den Beschluss der Bezirksvertretung, die Heilbronner Straße von der Herforder Straße abzubinden. Dies habe die Bezirksvertretung im Rahmen der „alten“ Planung zum Umbau der Herforder Str. gefordert, um den Anlieferverkehr zur MVA aus dem Wohngebiet herauszuhalten. Wenn dort ein LKW abbiege, könne kein weiteres Fahrzeug die Stelle passieren. Ohne die Linksabbiegerspur gebe es jedoch keinen Rückstau.

Des Weiteren verweist er auf die an der Herforder Straße im Bereich der Einmündung Heilbronner Straße gelegene Bushaltestelle. Diese Haltestelle, die auch von Schulkindern genutzt werde, halte er an dieser Stelle für sehr gefährlich.

Aus seiner Sicht würde eine Abbindung der Heilbronner Str. für diese Gemengelage Abhilfe schaffen.

Der kürzlich erfolgte Umbau des Einmündungsbereiches habe die Situation im Knotenpunkt für den Radverkehr verbessert.

Aber solange es nicht gelinge, die Ursachen für die Auffahrunfälle zu beseitigen, bleibe es dort schwierig.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, ihre Fraktion halte eine Anordnung von Tempo 50 km/h ab Rabenhof für sinnvoll, zumal die Möglichkeit bestehe, die Einhaltung dieser Geschwindigkeit zu kontrollieren.

Ihre Fraktion könne dem Beschluss der UK folgen und werde daher den Antrag der CDU-Fraktion nicht unterstützen.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) fragt nach, ob der Halt des

Busses mit ursächlich für die am Knotenpunkt entstehende „Hektik“ sei und fragt, wie dies durch die Anordnung von Tempo 50 verhindert werden solle.

Herr Lipperts erwidert, dass die Unfälle nicht durch den Halt des Busses verursacht würden. Der Knotenpunkt weise eine sehr hohe Verkehrsbelastung auf. Die Linksabbieger in Richtung Heilbronner Str. würden sich die wenigen Lücken suchen, um abzubiegen. Dies führe auf der Herforder Str. in Richtung stadtauswärts zu Bremsmanövern, ggf. auch sehr ruckartig, weil die Geschwindigkeit für den Abbiegevorgang teilweise falsch eingeschätzt werde.

Zum andere gebe es einen Rückstau durch die LSA am Milser Krug. Hier werde bei entsprechendem Rückstau teilweise bereits vor der Einmündung der Heilbronner Str. gebremst, um Linksabbieger in die Heilbronner Str. vorzulassen, womit der nachfolgende Verkehr nicht rechne.

Die Reduzierung der Geschwindigkeit sei ein erster Schritt, so führt Herr Lipperts weiter aus. Sofern dieser nicht greife, könnten weitere Maßnahmen folgen, wie z.B. die Überwachung der Geschwindigkeit oder ggf. das Unterbinden von Fahrbeziehungen aus oder in die Heilbronner Str.. Jedoch seien diese Maßnahmen noch schwerer durchzusetzen.

Aus seiner Sicht werde eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 km/h deutlich besser akzeptiert, als ein Linksabbiegeverbot im Bereich eines stark frequentierten Knotenpunktes.

Herr Dr. Elsner hält die Situationsbeschreibung für nachvollziehbar. Die Maßnahme könne von seiner Fraktion – mit dem von ihm vorgetragenen Einschränkungen - temporär unterstützt werden. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt der Beschluss der Bezirksvertretung, die Heilbronner Straße abzubinden, umgesetzt werde, müsse diese Geschwindigkeitsreduzierung noch einmal auf den Prüfstand.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Anordnung durch Tempo 50-Schilder auf der Herforder Straße im Bereich Parkplatz Milser Krug bis ca. 300-400m hinter die Einmündung Heilbronner Str. die zielführendere Maßnahme sei und der Bezirksvertretung dazu in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

Dafür	13
Enthaltungen	0
Dagegen	2

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen-

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 8 *

-.-.-

Zu Punkt 8.1

Verkehrssituation Herforder Str./Heilbronner Str. (Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9659/2020-2025

(gemeinsam mit TOP 8 beraten)

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Verkehrssituation Herforder Str./Heilbronner Str.](#)

Zu Punkt 9

Konzept für die städt. Friedhöfe im Stadtbezirk Heepen

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt Frau Kroll vom Umweltbetrieb zur Berichterstattung.

Frau Kroll berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation, die im System einsehbar ist, ausführlich zu den sich verändernden Ansprüchen an Friedhöfe im Allgemeinen sowie zu denen in den letzten Jahren durchgeführten und künftig geplanten Maßnahmen auf den städtischen Friedhöfen, Altenhagen, Brake West sowie Brake Ost.

Zu den sich verändernden Bedingungen für Friedhöfe führt sie aus, dass sich zum einen die Ansprüche der Nutzer*innen verändert hätten. In der Vergangenheit seien diese reine Bestattungsflächen gewesen, inzwischen hätten sie auch Naherholungsfunktion. Zudem habe sich die Bestattungskultur verändert. Von ehemals reiner Erdbestattung gehe der Wunsch verstärkt in Richtung Urnenbestattung und möglichst pflegefreier Grabarten.

Sie schildert die Entwicklung der Bestattungszahlen und -angebote auf den einzelnen Friedhöfen und geht zudem auf die jeweils vor Ort bestehenden Probleme, wie z.B. Vandalismus, ein.

Zu den künftig geplanten Maßnahmen berichtet sie, dass beispielsweise beim Friedhof Altenhagen eine Sanierung des Parkplatzes anstehe. Derzeit sei dort unterhalb des Pflasters nur eine unzureichende Schotter-schicht vorhanden, die Bäume auf dem Parkplatz seien bereits sehr alt. Hier werde es vs. (erst) ab 2028 eine Neugestaltung geben können. In die Beete, in denen keine Bäume mehr vorhanden waren, habe der UWB im letzten Jahr bereits Sträucher gesetzt.

Zudem gebe es hinsichtlich der Nutzung der Friedhofsfläche Überlegungen zur Anlage von Urnengemeinschaftsgräbern und eines Grabfeldes für Muslime. Der UWB werde dies zu gegebener Zeit der Bezirksvertretung zur weitergehenden Beratung vorlegen.

Zu den u.a. am Friedhof Brake-West anstehenden Maßnahmen führt Frau Kroll aus, dass hier eine Umschreibung der neu angelegten Park-platzfläche sowie der angrenzenden Grünfläche vom Umweltbetrieb auf das Amt für Verkehr beabsichtigt sei.

Zudem stehe in den nächsten Jahren aufgrund der vorhandenen Feuch-tigkeitsprobleme zwingend die Sanierung der Kapelle an. Derzeit behelfe sich der Umweltbetrieb mit einem Trockengerät im Kellergeschoss. Auch

die Heizungsanlage sei zu erneuern, ebenso sei der Außenputz in Stand zu setzen.

Zum Standort Friedhof Brake-Ost führt sie u.a. aus, dass im letzten Jahr die dort vorhandene Kriegsgräberstätte gereinigt worden sei. Eine zu häufige bzw. intensive Reinigung führe jedoch dazu, dass die Kriegsgräberstätte immer schneller verwittere bzw. vergrüne. Ggf. sei zu überlegen, einen Steinmetz zu beauftragen, falls eine weitere Verbesserung des Zustandes gewünscht werde.

Herr Heißmann-Gladow (SPD-fraktion) bittet bei der Neuplanung des Parkplatzes am Friedhof Altenhagen die Aufstellung von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder mitzudenken.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich bei Frau Kroll für den ausführlichen Überblick über den Sachstand auf den städt. Friedhöfen im Stadtbezirk. Aus Sicht der Bezirksvertretung seien die aktuell anstehenden Themen abgearbeitet.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10 Standortempfehlung für die Errichtung öffentlicher Trinkwasserbrunnen im Stadtbezirk Heepen

Zu Punkt 10.1 Errichtung öffentlicher Trinkwasserbrunnen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9691/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung sei nicht für das Konzept zuständig, wohl aber für die Standortfrage, die unter TOP 10.2 beraten werde.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 10.1 *

-.-.-

Zu Punkt 10.2 Standortempfehlung Trinkwasserbrunnen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9750/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) begrüßt die Initiative, öffentliche Trinkwasserbrunnen an verschiedenen Standorten im Stadtbe-

zirk zu errichten. Er zeigt sich aber irritiert, dass die Vorlage keinen Standortvorschlag für den Stadtteil Oldentrup enthalte. Daher rege seine Fraktion an, einen Standort im Bereich des Schulgeländes (Krähenwinkel) zu prüfen.

Des Weiteren spreche sich seine Fraktion für die Errichtung eines öffentlichen Trinkwasserbrunnens am Freizeitzentrum Baumheide aus, wenn dieses fertiggestellt sei.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, zwar sei lt. Vorlage im Jahr 2025 zunächst lediglich *ein* Standort je Stadtbezirk vorgesehen, jedoch bringt sie ihre Erwartung zum Ausdruck, dass auch der Standort am FZZ Baumheide realisierbar sei.

Zu dem unter Nr. 4 gelisteten Standortvorschlag „Endhaltestelle Altenhagen, Spielplatz“ führt sie aus, dass ihre Fraktion einen Standort an der Stadtbahnhaltestelle Milse aufgrund der höheren Nutzerfrequenz als sinnvoller erachte.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) schließt sich den Ausführungen von Frau Kreye zum Standort Milse an.

Er ergänzt, dass die Erstellung der Prioritätenliste wichtig sei. Die Bezirksvertretung bitte die Verwaltung sicherzustellen, dass im Stadtbezirk Heepen insgesamt mehr als nur einen Standort umgesetzt werde.

Er fragt nach, wie die Auswahl der Standorte gesamtstädtisch abgearbeitet werde. Ggf. habe Heepen auf Platz 1 einen Standort priorisiert, der - gesamtstädtisch betrachtet- aufwendig in der Umsetzung sei, jedoch ggf. auf Platz 2 einen Standort gewählt, der der Bezirksvertretung genauso wichtig sei und der sofort realisiert werden könne. Er bittet um Erläuterung zum weiteren Vorgehen.

Herr Bittner führt aus, dass die Stadtwerke nach aktuellem Stand die Errichtung von ca. 25 öffentliche Trinkwasserbrunnen stadtweit planen. Die genaue Anzahl hänge vom Aufwand je Brunnen ab. Aus der Beschlussvorlage gehe hervor, dass zunächst in jedem Stadtbezirk in 2025 *ein* Brunnen errichtet werde. Demzufolge seien darauffolgend noch ca. 15 Standorte stadtweit zu vergeben.

Es besteht Einvernehmen, die vg. Standorte in die Prioritätenliste einzureihen und die Verwaltung zu bitten, soweit eine Umsetzung an einem vorrangig priorisierten Standort aufgrund der Bewertungspunkte oder anderer Rahmenbedingungen verzögert werde, die nachfolgenden Standorte im Stadtbezirk in der Priorität vorzuziehen.

Nach kurzer Diskussion besteht Einvernehmen, die Standort wie folgt zu priorisieren:

1. Bezirksamt Heepen
2. Brake, Wefelshof 9
3. Milse, Stadtbahnhaltestelle
4. Oldentrup, im Bereich der Schulen
5. Baumheide, Freizeitzentrum
6. Braker Straße, Kreisverkehr

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher ergänzt, wenn es gelänge, den Trinkwasserbrunnen am FZZ Baumheide mit der Finanzierung des Was-

serspielplatzes zu kombinieren oder ggf. über eine andere INSEK-Finanzierung mit abzubilden, dann sei dieser Standort ggf. außerhalb dieser Maßnahme realisierbar.

Auf Nachfrage von Frau stellvertretender Bezirksbürgermeisterin Grünewald zur konkreten Ausgestaltung der Trinkwasserbrunnen erklärt Herr Bittner, dass eine Bemaßung der Brunnen aus der Vorlage nicht ersichtlich sei. Sofern ein Standort nicht realisierbar sei, gehe er davon aus, dass die Verwaltung dies entsprechend an die Bezirksvertretung zurück-melden werde.

Herr Richter (CDU-Fraktion) verweist auf die Anzahl der priorisierten Maßnahmen in anderen Stadtbezirken, so seien beispielsweise für den Stadtbezirk Mitte insg. 7 Standorte in der stadtbezirksbezogenen Beschlussvorlage der Verwaltung gelistet. Er bittet darum, bei der Vergabe der Standorte auf eine angemessene Berücksichtigung der Stadtbezirke zu achten.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Heepen stimmt den folgenden, priorisierten Standortempfehlungen der Projektgruppe „Öffentliche Trinkwasserbrunnen“ zu:

- 1. Bezirksamt Heepen, Vorplatz**
- 2. Brake, Wefelshof 9, Markt und Bürgerberatung**
- 3. Milse, Stadtbahnhaltestelle**
- 4. Oldentrup im Bereich der Schulen**
- 5. Baumheide, Freizeitzentrum**
(sofern nicht über eine INSEK-Maßnahme finanzierbar)
- 6. Braker Straße Kreisverkehr**

Im Jahr 2025 wird zunächst die Standortempfehlung Nr. 1 realisiert.

Soweit eine Umsetzung aufgrund der Bewertungspunkte oder anderer Rahmenbedingungen verzögert wird, sollen die nachfolgenden Standorte im Stadtbezirk in der Priorität vorrücken.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 10.2 *

-.-.-

Zu Punkt 11 Kultur in den Stadtbezirken

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf das im System einsehbare Kurzkonzept des HOTSPOT vom 03.03.2025.

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Heepen beschließt, die Kulturamtsmittel für den Stadtbezirk Heepen mit einem Ansatz in Höhe von 2.222 € im verfügbaren Umfang für die Kulturveranstaltung des HOTSPOT Heepen mit Workshops und einer Kulturfeier zu verwenden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 11 *

Zu Punkt 12 Aufhebung der Straßenbenennung "Meyer-zu-Stieghorst-Hof"

Beratungsgrundlage:

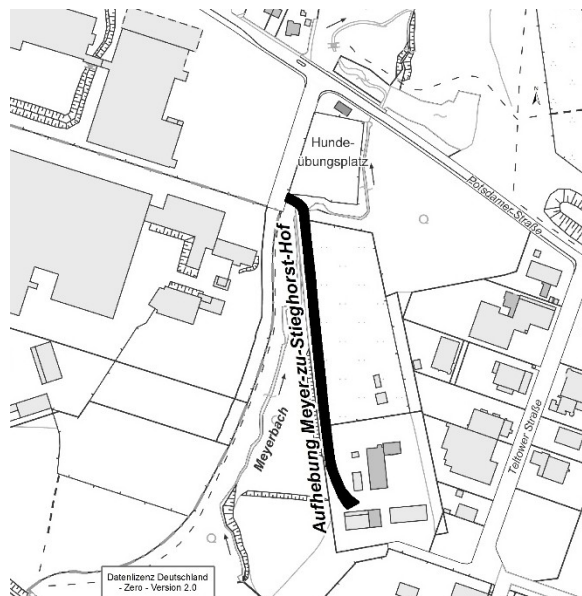
Drucksachennummer: 9625/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Ohne Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Benennung der Straße Meyer-zu-Stieghorst-Hof wird aufgehoben.



- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 12 *

-.-.-

**Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 13.1 Quartiershelfer im Stadtbezirk Heepen

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Mitteilung der Verwaltung und spricht dem Bezirksamt seinen Dank für das Engagement bei der Wiederbesetzung der Quartiershelferstelle aus. Er verweist auf die Bedeutung der Quartiershelfer für den Stadtbezirk.

Herr Bittner ergänzt, es werde weiterhin angestrebt, auch die dritte, derzeit noch vakante Stelle wieder zu besetzen. Die Finanzierung dieser Stellen sei bis 2029 aufgrund des FiPA-Beschlusses möglich.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.03.2025 - öffentlich – TOP 13.1 *

-.-.-

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Kerstin Nebel
Schriftführerin